

Rehwinkel, Edmund

Article — Digitized Version

Landwirtschaft im Spannungsfeld von Subvention und Überproduktion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Rehwinkel, Edmund (1965) : Landwirtschaft im Spannungsfeld von Subvention und Überproduktion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 3, pp. 115-122

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133459>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Landwirtschaft im Spannungsfeld von Subvention und Überproduktion

Interview mit Edmund Rehwinkel, dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Präsident, in der letzten Zeit ist gesagt worden, Sie hätten die Interessen Ihrer Bauern sehr gut vertreten und Sie hätten erreicht, was Sie erreichen wollten. Nun haben wir im „Grünen Bericht 1965“ wieder die erstaunliche Tatsache gelesen, die auch in den letzten Jahren immer wieder zu lesen war, daß in der deutschen Landwirtschaft zwar etwa 11 % der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt sind, daß dieser Bevölkerungsteil aber trotz Ihrer erfolgreichen Politik nicht einmal 5 % des Volkseinkommens erzeugt. Wie würden Sie diese Diskrepanz erklären?

REHWINKEL: Durch Tatsachen. Sehen Sie, unsere Preise stehen unter dem Druck der sehr oft manipulierten Weltmarktpreise. Darum stagnieren die Preise unserer Erzeugnisse seit mehr als 10 Jahren. Nur die Produkte der Rinderhaltung — also Rindfleisch, Kalbfleisch, Milch und Butter — und die Zuckerrübe machen hier eine Ausnahme. Sonst sind die Preise aller Produkte — zwar saisonal und zyklisch schwankend — etwa auf dem Stand von 1951/52 stehen geblieben. Unsere Kosten sind aber mit den ständigen Drehungen der Lohn-Preis-Spirale fortwährend gestiegen. Wir haben diese disparitätische Entwicklung durch Steigerung der Produktion und der Produktivität unserer Arbeitskräfte auszugleichen versucht. Wir haben seit 1949 fast 50 % unserer Vollarbeitskräfte freigegeben und sie durch teure Maschinen ersetzt. Wir haben durch die Rationalisierung unserer Betriebe die Arbeits-

produktivität stärker zu steigern vermocht als die meisten Sparten der gewerblichen Wirtschaft.

Unsere kleinen Betriebe werden heute durchweg als Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaftet. Etwa 480 000 haben ganz aufgegeben. Aber das Einkommen der meisten Vollerwerbslandwirte ist im Vergleich zu anderen Berufstätigen unzureichend geblieben.

Die Lohn-Preis-Spirale dreht sich ständig weiter, und mit jeder Drehung verschlechtert sich unsere Lage trotz aller unserer Anstrengungen; denn unsere Preise stehen nach wie vor unter dem Druck der meist unechten Weltmarktpreise. Unsere Kosten steigen; aber wir können diese Kostensteigerung nicht über Preiserhöhungen abwälzen, wie andere Berufszweige dies konnten und tun.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sind die deutschen Agrarpreise nicht politische Preise? Werden sie nicht politisch gestützt und künstlich über dem Preisniveau des Weltmarktes gehalten?

REHWINKEL: Ja, wie in allen anderen europäischen Ländern bzw. in allen Industriestaaten. In den USA z. B. wird sowohl der Anbau als auch die Ausfuhr subventioniert. Dagegen ist der Wettbewerb natürlich schwer, wenn nicht unmöglich.

In den USA sind auch die Flächen der einzelnen Betriebe größer. Das schafft einen gewissen Vorteil. Aber dazu geben die Amerikaner pro Flächeneinheit und Mann mehr an Staatshilfen als wir. Die Kanadier können noch heute in vielen Gebieten einen gewissen Raubbau am Boden be-

EDMUND REHWINKEL

hat in den letzten Jahren immer wieder verstanden, die Interessen der deutschen Bauernschaft im politischen Raum mit Geschick zu vertreten und hat — wie das Beispiel der Getreidepreisangleichung zeigt — dabei beträchtliche Erfolge erzielt. Der jetzt 66 Jahre alte Verbandspolitiker leitet nicht allein das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes in Bonn, sondern ist gleichzeitig Präsident der Landwirtschaftskammer Hannover sowie des Verbandes des Niedersächsischen Landvolkes. Außerdem gehört er als Vizepräsident des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft (CEA) und des Ausschusses der berufsständischen Organisationen der Landwirtschaft in der EWG (COPA) zu den Weichenstellern der künftig einzuschlagenden europäischen Agrarpolitik. Das hier abgedruckte Interview, von dem Rehwinkel selbst sagt, daß es der Klärung einiger wichtiger anstehender agrarpolitischer Fragen dient, gewährte der Bauernpräsident dem WIRTSCHAFTSDIENST Ende Februar in seinem Büro in Hannover.

INDIZES DER ERZEUGERPREISE LANDWIRTSCHAFTLICHER PRODUKTE UND DER EINKAUFSPREISE LANDWIRTSCHAFTLICHER BETRIEBSMITTEL (1953 = 100)

Indizes	1960	1961	1962	1963
Erzeugerpreise	113	119	121	123
Einkaufspreise	113	116	120	124

treiben, ähnlich wie im vorigen Jahrhundert die Farmer der USA. Die Australier haben zur Zeit ähnliche Subventionspraktiken wie die USA. Außerdem sind wir dem Staatshandel der Ostblockstaaten ausgesetzt, die jeden Preis unterbieten können. Da haben Sie die Gründe, ganz abgesehen von den zweierlei Wechselkursen, mit denen viele Länder arbeiten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Aber, Herr Rehwinkel, gewisse Preise, wie z. B. der Getreidepreis, lassen sich doch durch ein solches Überangebot, das zweifellos auf dem Weltmarkt besteht, nicht drücken. Zum großen Teil sind die deutschen Agrarpreise doch fixiert.

REHWINKEL: Ja, sie waren fixiert wie in allen europäischen Ländern. Die deutschen Getreidepreise sind ja auch bisher stabil geblieben; sie werden jetzt innerhalb der EWG heruntersetzt. Sie sind aber auch nicht steigerungsfähig gewesen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Meinen Sie nicht, daß, gesamtwirtschaftlich gesehen, eine Preissenkung positiv zu beurteilen ist, da auf diese Weise der Verbraucher seine Lebensmittel billiger einkaufen kann?

REHWINKEL: Durch die Senkung der Getreidepreise wird das Brot nicht billiger, so weit schlägt das nicht durch. Aber unser Einkommen wird dadurch geschmälert. Für den Verbraucher ist die Entwicklung der letzten 15 Jahre bisher günstig verlaufen. Denken Sie nur an den Anstieg der Löhne und Gehälter seit 1938 bzw. 1950/51/52. Sie wissen selber, um wieviel diese mehr gestiegen sind als alles andere. Ganz besonders gegenüber den Lebenshaltungskosten und den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie sagten vorhin, daß die Verkaufspreise landwirtschaftlicher Produkte relativ konstant, die Produktionskosten hingegen ganz beträchtlich gestiegen seien. Nun haben wir hier einige Indexpunkte über die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und über die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel. Aus diesen Indexpunkten wird ersichtlich, daß sich eine Disparität nicht nachweisen läßt. Für 1963 z. B. haben wir den Index 123 für die Erzeugerpreise, während sich der Einkaufspreisindex auf 124 (1953 = 100) beläuft.

REHWINKEL: Das ist schon richtig. Aber wir kaufen ja nicht nur Produktionsmittel. Wir zahlen ja auch Löhne; wir müssen uns kleiden, wir müssen bauen; und denken Sie bitte einmal an die Reparaturkosten unserer Gebäude und Maschinen, an die Versicherungsbeiträge und die Zinslasten; dann sieht das Bild sofort ganz anders aus.

Die relativ niedrige Indexzahl für unsere Produktionsmittelpreise kommt in erster Linie durch die verhältnismäßig konstanten Kunstdüngerpreise zustande.

In Wirklichkeit ist die Sache aber doch so: Eigentlich hätten wir alle erwarten dürfen, daß die tech-

nische Revolution der letzten 15 Jahre auch zu revolutionären Preissenkungen vieler gewerblicher Erzeugnisse hätte führen müssen. Das ist ja der Vorwurf, den wir den vollmechanisierbaren Spitzenindustrien machen. Diese Industrien hätten zumindest einen Teil ihrer Rationalisierungserfolge über Preissenkungen weitergeben müssen. Das ist jedoch nicht geschehen; und so waren die weniger mechanisierbaren Industriezweige und Gewerbe und die Dienstleistungsberufe ständig gezwungen, ihre Preise und Spannen zu erhöhen, um die steigenden Löhne und Kosten bezahlen zu können.

Dasselbe trifft auch auf den Kohlebergbau und den Bergbau schlechthin zu; aber auch auf uns. Der Unterschied ist nur der, daß alle anderen weniger mechanisierbaren Wirtschaftszweige ihre Kostensteigerungen über die Preise abwälzen konnten und wir nicht, weil uns der Druck der Überproduktion einiger Überseestaaten und ihre Preismanipulationen daran hinderten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Hat nicht auch die Landwirtschaft in diesen Jahren ganz erhebliche Rationalisierungserfolge gehabt und erfolgreich produziert? Hätte nicht auch die Landwirtschaft ihre Rationalisierungserfolge in niedrigeren Preisen weitergeben müssen?

REHWINKEL: Ich habe beides bereits bejaht. Die Landwirtschaft hat sogar stärker rationalisiert als nahezu alle anderen Sparten der Wirtschaft, und sie hat dabei unter dem Druck der von mir vorhin bereits geschilderten Verhältnisse ihre Preise konstanter halten müssen als die anderen weniger ratio-

Da einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion vor allem durch die Nachfrage Grenzen gesetzt sind, kann die notwendige Produktivitätssteigerung nicht dadurch erzielt werden, daß die Produktion je Kopf des unveränderten Arbeitskräftebestandes entsprechend erhöht wird. Die Landwirtschaft ist infolgedessen gezwungen, ihren Bestand an Arbeitskräften ständig zu vermindern, um die wachsenden Einkommenserwartungen der verbleibenden Arbeitskräfte befriedigen zu können.

R. Plate / E. Woermann / D. Grupe: *Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft, Hannover 1962.*

nell mechanisierbaren Wirtschaftszweige, wie z. B. der Bergbau, das Baugewerbe, das Handwerk und alle anderen Dienstleistungsberufe. Das ist eine ungeheure Leistung, aber ihre Auswirkungen sind uns, was unsere Einkommen anbelangt, schlecht bekommen.

Zu einer der vorgenannten Gruppen — also Urindustrien, Gewerbe oder Dienstleistungsberufe — gehören auch wir. Nicht aber zu den industriellen Spitzengruppen. Diese Gruppen bestimmen jedoch den Lohn und ein gut Teil der sonstigen Kosten aller anderen Wirtschaftszweige. Daher Lohn-Preis-Spirale und Geldentwertung.

WIRTSCHAFTSDIENST: Besonders scheint uns nun ein Faktor für die Misere der deutschen Landwirtschaft verantwortlich zu sein: Wir meinen die relative Überproduktion des landwirtschaftlichen Sektors im Vergleich zur Produktion der anderen Sektoren. Angesichts dieser Tatsache und des damit verbundenen ständigen Druckes auf die Agrarpreise könnte man doch unsere Bauern auffordern, nicht so viel zu produzieren, damit sie pro eingesetzte Arbeitsstunde einen höheren Ertrag erhalten.

REHWINKEL: Ja, das ist alles sehr schön. Nur wir hier in Deutschland und Europa haben gar keine Überproduktion.

Die Überproduktion liegt in den USA, in Kanada, in Australien, in Argentinien und in Neuseeland; und ich zweifle nicht daran, daß der Vizepräsident der EWG-Kommission, Mansholt, die Vertreter

... die mit dem volkswirtschaftlichen Wachstum steigenden Einkommensansprüche der in der Landwirtschaft Tätigen zu befriedigen, kann . . . nur durch Anpassungsprozesse gelöst werden, die auf einen grundlegenden Wandel der Agrarstruktur und der Arbeitswirtschaft in den landwirtschaftlichen Betrieben hinauslaufen.

Infolgedessen müssen Hilfen, die man der Landwirtschaft gewähren will und zur Vermeidung einer krisenhaften Entwicklung geben muß, in erster Linie darauf gerichtet sein, die notwendigen Anpassungsprozesse zu fördern und dabei auftretende Härten zu mildern.

R. Plate / E. Woermann / D. Grupe: Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft, Hannover 1962.

der USA und der anderen Agrarüberschubländer bei den kommenden Verhandlungen auf diese Tatsache hinweisen wird. Dabei werden sicherlich auch die Subventions- und Ausfuhrpraktiken dieser Länder gebührend unter die Lupe genommen werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Nehmen wir einmal an, wir würden die Grenzen vollkommen schließen und der deutschen Landwirtschaft die Möglichkeit geben, ohne Störung durch die ausländische Überproduktion zu rationalisieren. Könnten wir dann genauso billig produzieren wie das Ausland?

REHWINKEL: Ja, das könnten wir, wenn man die deutsche Landwirtschaft 30 bis 35 Jahre lang in ähnlicher Weise fördert, wie die USA das seit 1929 mit ihren Farmern getan haben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Also Subventionen, die auf Produktivitätsfortschritte hinzielen?

REHWINKEL: Ja. Wir sind aber auch wettbewerbsfähig mit allen,

wenn unsere Förderungsmaßnahmen noch einige Jahre fortgesetzt werden — wir haben ja damit in Westdeutschland 25 Jahre später angefangen als die USA — und wenn im gleichen Zeitraum die ganzen Subventionen und Manipulationen der Überseestaaten abgebaut werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie würden also befürworten, daß man in Deutschland eine ähnliche starke Unterstützung der Landwirtschaft vornimmt wie in Amerika? Man sieht doch, daß gerade die amerikanische Agrarpolitik mit ihrer großen Subventionierung dazu geführt hat, daß diese riesige Überproduktion geschaffen wurde. Würde man nicht auch bei uns zu einem ähnlichen Ergebnis kommen? Wäre das überhaupt sinnvoll?

REHWINKEL: Eine Überproduktion wie in den USA ist schon mangels Fläche nicht möglich. Die USA allein haben das Sechsfache an Kulturland wie die EWG bei annähernd der gleichen Einwohnerzahl. Das war ja einer der Kernpunkte des Streites zwischen einem Teil der einschlägigen Wissenschaft und mir.

Es wurde behauptet, die Getreidepreise in der EWG müßten möglichst niedrig gehalten werden, sonst bekämen wir in der EWG eine ähnliche Überproduktion wie in den USA. Ich habe das bestritten, und die Entwicklung hat mir bisher recht gegeben. Ich bezweifle auch heute, daß wir in der EWG — und schon gar nicht in Europa — die volle Selbstversorgung mit Getreide erreichen werden. Die Einfuhr aus Übersee ist im Gegenteil

GRUNE PLÄNE 1962-1965 (MILL. DM)				
Leistungen	1962	1963	1964	1965
Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse	805,0	876,0	905,0	935,0
Verbesserung der Einkommenslage	1 006,5	1 003,9	959,7	1 004,5
Kreditverbilligung	224,0	302,5	241,5	268,1
Verbesserung der sozialen Lage	100,0	342,0	350,0	310,0
Insgesamt	2 135,5	2 524,4	2 456,2	2 517,6

Die Vorausschätzung des Verbrauchs der wichtigen Nahrungsmittel zeigt, daß ebenso wie bisher eine wesentliche Verbrauchssteigerung – abgesehen von Sonderkulturerzeugnissen – nur für Nahrungsmittel tierischer Herkunft zu erwarten ist.

R. Plate / E. Woermann / D. Grupe: *Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft, Hannover 1962.*

bisher von Jahr zu Jahr größer geworden. Man empfahl uns auch, nach holländisch-dänischer Art mehr überseeisches Futtergetreide zu veredeln, ohne uns zugleich zu sagen, wo wir das Mehr an Veredelungsprodukten absetzen sollten. Wir standen damals schon in der EWG hart am Rande einer Überproduktion von Schweinefleisch und Eiern, und wir konnten das holländisch-dänische Beispiel nicht nachahmen, ohne eine Katastrophe für alle herbeizuführen. Vielleicht erleben wir das jetzt nach der Senkung der Getreidepreise nun doch noch — zum Schaden aller.

Wir deutschen und europäischen Landwirte haben bisher zu 85 bis 90 % von der eigenen Bodenproduktion und deren Veredelung gelebt, weil mit der Veredelung von Zukauffuttermitteln nur wenige Mäster ihren Lebensunterhalt verdienen können. Lassen Sie mich das an einigen Beispielen zeigen: Wenn ich mit eigenem Getreide oder eigenen Kartoffeln veredele, dann gehört mir der Verkaufserlös im wesentlichen allein. Wenn ich das aber mit überseeischem Getreide mache, mit Zukauffuttermitteln also, dann gehört mir der Verkaufserlös nur zu einem Bruchteil von vielleicht 10 bis 15 %. Das andere gehört der Genossenschaft, dem Landhändler und den überseeischen Getreideproduzenten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Gesetzten den Fall, daß das ausländische Futtergetreide billiger ist als das Futtergetreide, das hier angebaut werden kann, so ist es für den Veredler günstiger, das Getreide einzukaufen und selbst nicht zu produzieren.

REHWINKEL: Ich habe diese Themen mit den amerikanischen Landwirtschaftsministern Brennan und

Benson x-mal durchgesprochen. Beide Herren und ihre Begleiter sagten mir: „Herr, Rehwinkel, Sie können das Futtergetreide doch viel billiger von uns kaufen, als Sie es erzeugen können. Warum hängen Sie so an der eigenen Bodenproduktion?“ Ich konnte dazu immer nur folgendes sagen: Wenn ich bisher 100 Schweine mit eigenem Getreide gemästet habe, und ich soll das nun mit Zukauffuttermitteln machen, dann muß ich ein Vielfaches an Schweinen mästen als bisher, um aus deren Verkauf das gleiche Einkommen zu erzielen. Denn bei der Veredelung von Zukauffuttermitteln in Schweinefleisch habe ich im Schnitt der Jahre nur einen echten Gewinn von etwa 30 bis 40 DM pro Tier bzw. 100 kg Lebendgewicht. Wenn also damit auch nur 25 % der heutigen westdeutschen Landwirte ihren Lebensunterhalt verdienen wollten, dann kämen wir zu einer Produktion, die für die ganze EWG und noch mehr reichen würde.

Und schon, wenn 25 000 Landwirte je 1000 Schweine im Jahr mästen, ist der ganze deutsche Jahresbedarf damit gedeckt. Diese Beispiele zeigen den Wert der

eigenen Bodenproduktion für das Einkommen der Millionen deutscher und europäischer Landwirte und die untergeordnete Bedeutung der Mast mit überseeischem Futtergetreide.

Im übrigen werden sich unsere Kollegen in den Partnerländern bei der Veredelung in Zukunft etwas schwerer tun als bisher, weil ihnen die Futtermittel nicht mehr so wohlfeil zur Verfügung stehen wie heute. Insofern haben wir in Bälde einen gewissen Vorteil, aber die Überproduktion einiger Veredelungsprodukte steht uns sicher noch bevor. Wohin dann aber mit den Überschüssen, das ist die Frage an alle, die uns die Gefahren einer Getreideüberproduktion so greifbar an die Wand zu malen wußten, die aber die viel größere Gefahr einer Überproduktion von Veredelungsprodukten nicht sehen wollten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Vielleicht dürfen wir noch einmal auf eine Frage von vorhin zurückkommen. Wir sprachen von den hohen Produktionskosten, mit denen die deutsche Landwirtschaft arbeitet.

REHWINKEL: Ja, Deutschland arbeitet z. B. mit höheren Produktionskosten, als sie Frankreich und Italien zur Zeit haben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wenn man die Maximierung des Sozialprodukts anstrebt, d. h. also, daß man sich darum bemüht, mit einem bestimmten Einsatz einen maximalen Ertrag zu erwirtschaften, so müßte man doch gerade, wo wir

GESCHÄTZTE KOSTEN DER GETREIDEPREISSENKUNG 1965-1969 (MILL. DM)						
Zahlungen	1965	1966	1967	1968	1969	Insgesamt
Vorfeldbereinigung	840	1 100	1 100	1 100	1 100	5 240
Entschädigung für Erlösausfall durch Bund durch EWG			340 (560)	526 (374)	713 (187)	1 579 (1 121)
Deutsche Zahlungen insgesamt	840	1 100	1 440	1 626	1 813	6 819
Deutsche und EWG-Zahlungen	840	1 100	2 000	2 000	2 000	7 940

auf einen europäischen Markt zu steuern, die Betriebe produzieren lassen, die kostenmäßig günstiger produzieren. In unserem Falle hieße das: Die ausländischen Betriebe, die kostengünstiger arbeiten als bestimmte deutsche Betriebsarten, sollten stärker zur Produktion herangezogen werden als deutsche, die kostungünstiger arbeiten. Das heißt niemals, daß die gesamte deutsche Landwirtschaft eingestellt werden müßte.

REHWINKEL: Meinen Sie unter Ausland die überseeischen Gebiete, oder meinen Sie jetzt Europa?

WIRTSCHAFTSDIENST: Sowohl als auch.

REHWINKEL: Ja, in Europa sind wir durchaus wettbewerbsfähig, da gibt es gar keine Frage. Ich glaube, wir sind sogar die Wettbewerbsfähigsten in der EWG neben den Niederländern. Daran besteht also wohl kein Zweifel. Aber gegenüber den überseeischen Landwirtschaften, denen Riesenflächen zur Verfügung stehen, deren Betriebe gut mechanisiert sind und dazu noch die enormen Staatshilfen erhalten, sind wir es unter den heutigen Bedingungen nicht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wenn die deutsche Landwirtschaft mit den Landwirtschaften anderer europäischer Länder wettbewerbsfähig ist, wie läßt es sich dann erklären, daß die deutschen Preise über den Preisen aller dieser europäischen Länder liegen?

REHWINKEL: Das können Sie nicht so ohne weiteres sagen. Das trifft in erster Linie nur auf die Getreidepreise zu. Die Preise aller anderen Produkte haben sich doch im Laufe der letzten Jahre weitgehend angeglichen. Sie brauchen nur mal nach Frankreich zu fahren und in einem französischen Restaurant zu essen; dann werden Sie wissen, wieviel billiger der Verbraucher in Deutschland lebt.

WIRTSCHAFTSDIENST: Na ja, die Küchen lassen sich doch kaum vergleichen.

REHWINKEL: Sie sollten die deutsche Küche nicht schlecht-

machen. Ich meine aber auch die Lebensmittelpreise, ja, heute sogar die Erzeugerpreise.

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Präsident, wir haben hier eine Liste der durchschnittlichen Erlöse der Erzeuger 1962/63 ...

REHWINKEL: Ja, aber wir schreiben jetzt 1964/65. Die weitgehende Angleichung ist gerade in den letzten Jahren erfolgt.

WIRTSCHAFTSDIENST: Da hat sich relativ nicht viel verschoben. Deutschland liegt hiernach bei Weichweizen, Speisekartoffeln, Zuckerrüben, Schlachtrindern, Schlachtschweinen, Milch, Hühnereiern — kurz: überall — über dem französischen Preisniveau.

REHWINKEL: Doch, das hat sich in den letzten Jahren sehr stark geändert. Wir sind ja jetzt im Jahre 1964/65, und das ist ja eine uralte Statistik, die Sie da haben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Präsident, diese alte Statistik stammt aus dem gerade eben veröffentlichten „Grünen Bericht 1965“ der Bundesregierung. Bei welchen dieser Güter liegt Deutschland heute noch über den französischen Preisen?

REHWINKEL: Nun, bei den Zuckerrüben jedenfalls, aber der Weizenpreis ist ja nun für 1967 harmonisiert, die übrigen Getreidepreise auch. Die Kartoffeln waren in Frankreich schon oft teurer als bei uns. Die Schlachtrinder liegen in allen Ländern der EWG über den jetzt neu festgesetzten Orientierungspreisen. Die Schweinepreise lagen im Laufe des letzten Jahres oft dicht beieinander. Obst

und Gemüse sind so gut wie liberalisiert, und die Konsumentenpreise sind — mit Ausnahme von Holland — durchweg höher als bei uns. Das zeigt übrigens auch jedes Reisemagazin.

Was meinen Sie sonst noch für Erzeugnisse?

WIRTSCHAFTSDIENST: Hühnereier zum Beispiel. Da besteht doch ein ganz gewaltiger Unterschied: In der Bundesrepublik 328 DM und in Frankreich 261 DM je Doppelpfenniger.

REHWINKEL: Ich sagte bereits, daß Ihre Statistik aus dem Jahre 1962/63 stammt. Der Stückpreis liegt jetzt bei 12 Pfennig in Deutschland; er ist schon noch niedriger gewesen in den letzten Jahren. Ich glaube nicht, daß die Franzosen wesentlich darunter liegen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie steht es nun mit der Milch?

REHWINKEL: Der deutsche Trinkmilchpreis gehört mit zu den niedrigsten in Europa. Die Erzeugermilchpreise der Partnerländer schwanken zwischen 33 Pfennig je kg in Frankreich und 41,2 Pfennig je kg in Italien. Der deutsche Milchpreis, einschließlich der Milchprämie, die heute eine reine Verbrauchersubvention ist, liegt etwa in der Mitte. Ohne die Milchprämie ist der deutsche Erzeugerpreis der niedrigste in der EWG.

Daß wir in der EWG die höchsten Unkosten haben und die Franzosen die höchsten Staatshilfen, geht schon daraus hervor, daß die Bundesregierung uns 1,1 Milliarden DM Ausgleichsmittel zah-

DURCHSCHNITTLICHE ERLÖSE DER ERZEUGER 1962/63 (DM/dz)			
Produkt	BRD	Frankreich	Niederlande
Weichweizen	42,15	34,05	34,40
Speisekartoffeln	15,40	12,23	14,38
Zuckerrüben	7,27	5,75	5,81
Schlachtrinder	192,20	174,45	195,42
Schlachtschweine	238,30	216,13	195,42
Milch	33,80	29,36	28,63
Hühnereier	328,60	261,80	213,19

len will, solange hier keine Harmonisierung erfolgt ist. Die Franzosen haben den Agrarstrukturfonds „FORMA“, der in diesem Jahre mit 1,4 Milliarden DM bestückt ist. Im letzten Jahr waren dafür 1 Milliarde DM ausgesetzt. Wir haben nichts Entsprechendes. — Und dann zahlen die Franzosen 3,3 Milliarden DM Staatszuschüsse für die soziale Sicherung der französischen Landwirte und ihrer Mitarbeiter. Der deutsche Staat gab dafür bisher 450 Millionen DM aus. Wir haben aber die höheren Löhne und die höheren Grundsteuern und haben den Lastenausgleich extra.

DIE FÖRDERUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN FRANKREICH UND DER BUNDESREPUBLIK 1960 (MILL. DM)		
Förderung	Frankreich	BRD
Sozialsubventionen	3 600	600
Öffentliche Leistungen	3 700	5 900
Preisvorteile bzw. Preisstützung	2 100	5 000
Insgesamt	9 400	11 500
Pro Beschäftigten i. d. Landwirtschaft (in 1000 DM)	1 800	3 500

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 4. 1964

Die Franzosen haben dagegen die niedrigsten Frachten; sie hatten auch mehr als ein Jahrzehnt lang weit günstigere Kreditbedingungen als wir. Was die Frachten anlangt, so haben sich übrigens dieser Tage die anderen Länder gerade geweigert, ihre Frachten an die unseren anzugleichen, d. h. mit der Subventionierung aufzuhören. Wir erleben das jetzt überall bei der Kostenharmonisierung.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie sagten gerade, daß die Unterstützung der französischen Landwirtschaft wesentlich größer sei als die der deutschen. Wir haben hier einige Zahlen, die Ihnen sicher auch bekannt sein werden, über die Subventionierung der deutschen und französischen Landwirtschaft, die

kürzlich in der „Frankfurter Allgemeinen“ veröffentlicht worden sind.

REHWINKEL: Ja, ja, die kenne ich.

WIRTSCHAFTSDIENST: Da wurde z. B. gesagt, daß pro Beschäftigten in der Landwirtschaft in der Bundesrepublik 3500 DM und in Frankreich 1800 DM ausgegeben wurden. Dabei waren z. B. die Ausgaben, die die Kommunen bei uns in der Landwirtschaft ...

REHWINKEL: ... also Kommunen nicht, die Länder meinen Sie jetzt ...

WIRTSCHAFTSDIENST: ... die Länder waren mit drin ...

REHWINKEL: Also die französischen und holländischen Staatshilfen sind pro Hektar und pro Vollarbeitskraft wesentlich höher als bei uns, das werden Sie bei der Gegenüberstellung ja jetzt bald erleben. Denn nur zu vieles, was uns viele als Subventionen anlasten möchten, kommt in Wirklichkeit der Gesamtbevölkerung bzw. der gesamten ländlichen Bevölkerung oder den Verbrauchern als solchen oder sogar anderen Berufskreisen zugute. Das gilt z. B. für die Vorratshaltung und die Berlin-Reserve. Das gilt für die Wasserwirtschaft und den Wirtschaftswegebau. Das gilt für den Emslandplan und den Nordlandplan, für die ländliche Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung, für den Küstenschutz und die Deichverstärkung, für die Verstärkung der Stromversorgungsnetze und die Restelektrifizierung. Das gilt aber auch für die Ansiedlung vertriebener Landwirte und die Landarbeitereigenheimsiedlung. Das gilt für alle Maßnahmen für die Küstenfischerei und die kleine Hochseefischerei, für den Naturschutz und die Tierseuchenbekämpfung. Das gilt aber ganz besonders für die Preisverbilligung eingeführten Qualitätsweizens und für die Milchprämie, die auch nach Meinung des Bundeskanzlers eine reine Verbrauchersubvention ist.

Wenn Sie dazu noch die Befreiung von der Umsatzsteuer rechnen, die die Landwirte anderer Länder

auch nicht zahlen, und die Verbilligung des Dieselmotors, der anderswo trotzdem noch billiger ist als bei uns, dann kommen da schnell eine Anzahl Milliarden heraus, von denen nie ein Bauer etwas gehört oder gesehen hat. Hier müßte die Öffentlichkeit durch die Bundesregierung besser aufgeklärt werden.

Allein die französischen Staatshilfen zur sozialen Sicherung der französischen Landwirte und ihrer Mitarbeiter sind viel höher als alle echten Förderungsmaßnahmen der deutschen Regierung für uns.

WIRTSCHAFTSDIENST: Die französischen Sozialsubventionen sind höher als die deutschen. Nur gibt es andere Zahlungen, die bei uns wesentlich höher sind.

REHWINKEL: Der Marktstrukturfonds der Franzosen und die französischen Sozialhilfen für ihre Landwirte sind sogar höher als der ganze Haushalt des Landwirtschaftsministers in Bonn. Und der französische Landwirtschaftshaushalt ist doppelt so hoch wie der unsere!

WIRTSCHAFTSDIENST: Ja, die französische Landwirtschaft ist ja auch wesentlich größer. Die Franzosen haben wesentlich mehr Fläche.

REHWINKEL: Ja, sie haben mehr Fläche, und sie haben auch etwas mehr Leute. Aber die Sozialsubventionen z. B. kamen nach den Berechnungen des Bundeskanzleramtes trotzdem auf das Sechsfache der sozialen Hilfen, die wir bisher bekommen haben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Das geht aus den Zahlen auch hervor: Deutschland hat 600 Millionen DM, Frankreich 3,6 Milliarden DM.

REHWINKEL: Es sind in Wirklichkeit sogar 3,3 + 0,6 Milliarden DM in Frankreich. Und wir hatten bis 1964 nur etwa 450 Millionen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Vielleicht lassen wir es hierbei bewenden und warten auf die Zahlen aus Brüssel. Grundsätzlich kann man zu den Subventionen wohl sagen,

daß man sie nur aus dem Grunde zahlt, weil man sagt, in den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft müsse ein paritätischer Lohn aufrechterhalten bleiben. Nun kann man diese Forderung nach gleichem Lohn für alle Sektoren unterschiedlich beurteilen. Es sind hiergegen z. B. Einwendungen gemacht worden, daß bei dieser Forderung vergessen würde, daß wir uns in einer wachsenden Wirtschaft befinden und daß in einer wachsenden Wirtschaft Umstrukturierungen einfach notwendig sind. Neue technische Verfahren eröffnen neue Möglichkeiten, die relative Bedeutung einzelner Wirtschaftszweige verschiebt sich ständig. Die Frage ist nun, soll man diese paritätische Einkommensforderung für den Bereich der Landwirtschaft aufrechterhalten, oder soll man das nicht? Und wenn man es tut, soll man dann nicht zu einem verstärkten Abzug der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung übergehen? Das ist zwar gemacht worden. Die Frage ist nur, ob es im erforderlichen Umfang geschehen ist.

REHWINKEL: Sehen Sie mal, die hohe Zahl der heute noch in der Landwirtschaft Tätigen kommt ja in erster Linie dadurch zustande, daß wir die vielen Nebenerwerbslandwirte haben, deren Frauen ja mit in die Berechnung einbezogen sind. In den Vollerwerbsbetrieben sind heute schon eher zuwenig als zuviel Menschen tätig. Die einschlägige Wissenschaft — und in ihrem Gefolge viele andere — hat ursprünglich gemeint: Die kleinen Betriebe könne man allesamt auf-

geben oder zusammenlegen. Aber wer wollte sich hinstellen und hier sagen: „Verkauft!“? Ich wollte diesen Rat in unserer inflationären Wirtschaft nicht geben. Wir haben statt dessen geraten: Wenn ihr kein genügendes Einkommen in euren Betrieben erwirtschaften könnt, dann sucht euch Haupterwerb in der Industrie und bewirtschaftet euren Hof ruhig weiter! So hat es sich denn auch entwickelt, und das ist gut so. Jedes Gesundshrumpfen hat übrigens irgendwo eine Grenze!

WIRTSCHAFTSDIENST: Wir fragen uns, Herr Präsident: Ist es nicht sinnvoller, Haupterwerbsbetriebe stärker zu fördern als gerade die Nebenerwerbsbetriebe?

REHWINKEL: Ich bejahe beide Formen und halte diese Entwicklung für gut. Die Nebenerwerbsbetriebe werden übrigens durch den Staat nur wenig gefördert; die helfen sich selbst. Vielleicht denken Sie an den Dieselmotorkraftstoff? Aber der kostet ja sowieso in den anderen Ländern der EWG für Landwirte nur 14 bis 15 Pfennig je kg und als Heizöl auch bei uns nur 12 Pfennig.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wenn er eine Kuh hat, dann kriegt er auch die Milchsubvention.

REHWINKEL: Ja, aber die Milchsubvention, das sagt selbst der Kanzler, ist heute eine echte Verbrauchersubvention. Wir werden es im nächsten Jahr nicht hinnehmen, daß sie wieder im Grünen Plan erscheint. Sie gehört in den

ordentlichen Haushalt des Landwirtschaftsministers, oder besser noch in den eines anderen Ministeriums. Wenn die Subvention aber später einmal wegfallen sollte, dann trifft das in erster Linie den Verbraucher; denn dann müßte ja der Milch- und Butterpreis angehoben werden. Das wissen die Politiker in Bonn und Brüssel auch, und deshalb soll die Milchprämie als solche vorläufig auch nicht abgebaut werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie würden trotzdem nicht dafür sein, daß die Nebenerwerbsbetriebe eingeschränkt werden — mehr oder weniger?

LEISTUNGEN DES BUNDES, DER LÄNDER UND GEMEINDEN 1962 (MILL. DM)	
Bund (einschl. Stadtstaaten)	2 112
Länder (einschl. Stadtstaaten)	2 112
Gemeinden	387
Insgesamt	6 060

REHWINKEL: Nein. Die sollen als Nebenerwerbsbetriebe ruhig weiterwirtschaften, und ihre Zahl wird eher zu- als abnehmen. Wir behalten auf diese Weise ein breitgestreutes Eigentum. Daran sind wir mehr oder weniger alle interessiert. Wir wissen noch nicht genau, ob die Automation nicht eines Tages ihre eigenen Kinder frißt. Wir wissen auch nicht, ob die Prosperität ewig anhält. Die Arbeiterbauern haben ihren Hof im Rücken. Und es geht ihnen ja besser als anderen. Und außerdem ist das auch ein Stückchen Hobby, nicht wahr? Der Nebenerwerbslandwirt bleibt auf seinem Hof Unternehmer, das sollte man nicht verkennen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Na ja. Aber natürlich ist das nicht die sinnvollste Verwendung von Produktivkraft. Denn dieser Mann muß ja auch einen kleinen Traktor haben. Wir haben z. B. hier eine Zahl, wonach in der deutschen Landwirtschaft pro 1000 ha

GESAMTE DEUTSCHE LEISTUNGEN AN DIE LANDWIRTSCHAFT (GESCHÄTZT) 1965-1969 (MILL. DM)					
Leistungen	1965	1966	1967	1968	1969
Bund, Länder und Gemeinden	6 000	6 000	6 000	6 000	6 000
Entschädigung für Erlösausfall durch Getreidepreissenkung			340	526	713
Vorfeldbereinigung	840	1 100	1 100	1 100	1 100
Steuerentlastung	750	750	750	750	750
Insgesamt	7 590	7 850	8 190	8 376	8 563

61 Traktoren eingesetzt sind. In England liegt die Vergleichszahl bei 22, in den USA bei 11.

REHWINKEL: Was würden Sie sagen, wenn er sich statt dessen ein Auto kauft und auch noch in der Welt herumfährt?

WIRTSCHAFTSDIENST: Bedenken Sie bitte, was die vielen Trecker kosten!

REHWINKEL: Das Auto kostet noch mehr. Im übrigen raten wir allen größeren und kleineren Landwirten und den Nebenerwerbslandwirten erst recht, sich zu Maschinengemeinschaften bzw. in Maschinenringen zusammenzuschließen, sonst kostet die Mechanisierung der Landwirtschaft zuviel Geld.

WIRTSCHAFTSDIENST: Das Auto hat er nebenbei.

REHWINKEL: Nein, das hat er im allgemeinen nicht. Nur jeder vierte Landwirt, wenn Sie die kleinen mitrechnen, hat einen Wagen, und gerade die kleinen Landwirte haben im allgemeinen keinen Wagen. Bisher jedenfalls nicht. Und es ist sinnvoller, daß er einen

Trecker und einen gummibereiften Wagen hat, als daß er auch noch in der Welt herumgondelt und die Landstraßen verstopft. — (Das können Sie meinetwegen ruhig schreiben.)

WIRTSCHAFTSDIENST: Erlauben Sie uns bitte eine offene Frage zum Problem des Abzugs von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, Herr Präsident: Ist die Feststellung, die u. a. von seiten der Wissenschaft getroffen wurde, berechtigt, daß die Bauernorganisationen — gleich welchen Landes — gar nicht damit einverstanden sein können, daß im größeren Maße Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgezogen werden, weil sonst die politische Macht der Bauernverbände, die in der Tat sehr groß ist, sinken würde?

REHWINKEL: Na ja, das ist vielleicht ein Grund mit, warum wir uns für den Nebenerwerbslandwirt genauso einsetzen wie für die Vollerwerbslandwirte. Die Grenze zwischen beiden wird auch immer fließend bleiben. Aber der Hauptgrund ist doch ein anderer: Aus soziologischen und gesellschaftspolitischen Gründen ist es von

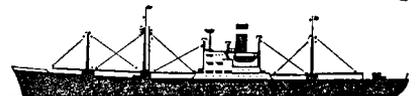
außerordentlicher Wichtigkeit, daß es diese Gruppe gibt. Und für uns sind die Nebenerwerbslandwirte weiterhin wichtig, weil sie die Nahtstellen, die Verbindungsleute zu den Arbeitern und Angestellten in den Städten sind. Und das ist gut für uns. Ich bin durchaus dafür, wenn alle diejenigen, die kein ausreichendes Einkommen in ihren Betrieben erwirtschaften können, Haupterwerb oder Zuerwerb in der gewerblichen Wirtschaft suchen. Ich rate aber jedem: Verkaufe nicht, sondern bewirtschafte deinen Hof als Nebenerwerbsbetrieb weiter; nach Möglichkeit in Anlehnung an einen Maschinenring.

WIRTSCHAFTSDIENST: Man könnte ihnen ja den Rat geben, das Land zwar zu behalten und es zu verpachten ...

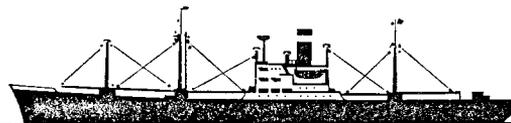
REHWINKEL: ... zum Teil haben sie das auch getan. Ich meine aber, daß die eingeschlagene Entwicklung richtig war. Hier ist nämlich ein krisenfestes Arbeiter-Bauerntum entstanden, und diese Entwicklung ist aus gesellschaftspolitischen Gründen nur zu begrüßen.

Jeden Sonntag von Bremen Jeden Dienstag von Hamburg

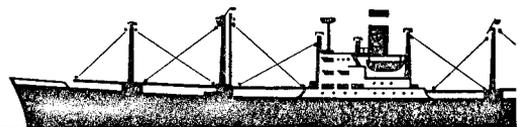
6980



Woche für Woche - immer zur gleichen, festen Zeit -
Fracht-Schnelldienste nach New York und Außenhäfen.
Hamburg-New York in 9-10 Tagen.



Unsere Schiffe sind mit Tiefkühl- und Kühlräumen ausgestattet.
Und noch ein Tip:
Container, Paletten und portable tanks stehen zur Verfügung.



United States Lines

52 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG: Telefon 32 16 71, Fernschr. 021 2873 • BREMEN: Telefon 30 08 11-17, Fernschr. 024 4307 • BREMERHAVEN: Telefon 4 69 51, Fernschr. 023 8716